

Europawahlprogramm (vorläufig)

Präambel

Liebe Wählerin,
lieber Wähler,

wir GRÜNE möchten Sie für drei Dinge gewinnen: an der Europawahl am 7. Juni 2009 teilzunehmen; bei dieser Wahl GRÜN zu stärken und sich selbst darüber hinaus für die Gestaltung Europas zu engagieren!

Europa hat mehr Einfluss als es den meisten Bürgerinnen und Bürgern bewusst ist.

Viele der globalen Probleme, die uns alle betreffen, können nur von der Europäischen Union gelöst werden. Herausforderungen wie Klimawandel und Energiesicherheit, die Weltfinanzkrise, soziale Gerechtigkeit im globalisierten Wettbewerb, gerechter Welthandel, Schutz vor internationaler Kriminalität und Terrorismus kann heute kein Staat mehr alleine bewältigen.

Doch dafür braucht es eine andere Politik in Europa. Mit Ihrer Stimme kämpft eine starke GRÜNE Fraktion im Europäischen Parlament für

- eine Europäische Union, die Klima und Umwelt schützt und für eine sichere Energieversorgung sorgt,
- eine Europäische Union, die zu sicheren Arbeitsplätzen und sozialer Gerechtigkeit für Frauen und Männer beiträgt,
- einen Grünen New Deal, der Finanz-, Klima- und Armutskrise mit einem ökologischen und sozialen Umbau der Industriegesellschaft beantwortet,
- eine Europäische Union, die ihrer internationalen Verantwortung gerecht wird,
- eine Europäische Union, die konsequent Leben von Flüchtlingen rettet und Wege legaler Zuwanderung schafft,
- eine Europäische Union, die sich um den Schutz der Ihrer Bürgerrechte und Daten kümmert,
- Eine Europäische Union, die die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärkt,

- eine Europäische Union, die wirklich demokratisch, transparent und bürgernah ist.

Trotz großen Reformbedarfs, die Europäische Politik hat bereits vieles erreicht: Bessere Standards beim Umweltschutz wurden eingeführt und die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher werden durch die Kennzeichnung von genmanipuliertem Essen und mehr Wettbewerb in der Telekommunikationsbranche gestärkt. Die Rechte der Frauen in der Arbeitswelt wurden durch Urteile des Europäischen Gerichtshofs durchgesetzt. Der Binnenmarkt und der Euro sind insgesamt Erfolgsprojekte. Ohne den Euro wären die Mitgliedstaaten der EU kaum in der Lage gewesen, in der aktuellen Finanzkrise gemeinsam und koordiniert zu handeln. Die EU-Freizügigkeit für uns Europäerinnen und Europäer, unvollständig wie sie leider immer noch ist, schafft die Gelegenheit, die Vielfalt europäischer Kulturen ohne Schranken zu erfahren und trägt so zu gegenseitiger Anerkennung und Achtung bei.

Die EU ist ein Friedensprojekt. Dank des Zusammenwachsens der europäischen Staaten in der EU ist Deutschland von Freunden umgeben. So ist die jahrhunderterlange Ära von Kriegen zwischen Nachbarn überwunden worden. Die Anziehungskraft der EU hat entscheidend mitgeholfen, dass der Transformationsprozess der mittel- und osteuropäischen Staaten nach dem Fall der Mauer friedlich verlaufen ist. Die deutsch-französische Freundschaft ist durch die alltägliche Zusammenarbeit in der EU gewachsen. Mit Polens Beitritt zur EU ist auch die deutsch-polnische Freundschaft in eine neue Phase eingetreten. Und die Wiedervereinigung Deutschlands wäre ohne eine feste Einbindung in die EU für unsere Nachbarn nicht akzeptabel gewesen.

Zugleich hat die Kritik an der Europäischen Union zugenommen.

Nicht wenige derer, die heute kritisch von Europas Selbstverständnis und Politik sprechen, waren vor fünf Jahren deutlich positiver gestimmt. Damals erlebten wir durch die Erweiterung der EU um zehn neue Mitgliedstaaten vor allem aus Mittel- und Osteuropa mit viel Sympathie und Optimismus die historische Überwindung der Spaltung Europas seit dem Zweiten Weltkrieg. Doch seither hat die EU leider an Ausstrahlung verloren.

Noch immer ist sie eher eine Wirtschaftsgemeinschaft als eine Gemeinschaft von Bürgerinnen und Bürgern. Zu viele Regeln und Entscheidungen der EU setzen einseitig auf wirtschaftliche Interessen und verlieren das soziale Europa aus den Augen.

Dies wurde zum Beispiel an der Bolkestein-Politik zur Dienstleistungsfreiheit und jüngsten Urteilen des Europäischen Gerichtshofes zu entsandten ArbeitnehmerInnen und Tarifverträgen oder an der Einmischungen der EU in die kommunale Daseinsvorsorge und Sparkassen deutlich. Die Realität der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik wird menschenrechtlichen Standards oft nicht gerecht. Mit der Vorratsdatenspeicherung wurden Datenschutz und Bürgerrechte eingeschränkt.

Hinzu kommt, dass die Regierungen der Mitgliedsstaaten, die im Ministerrat die entscheidenden Weichen stellen, Erfolge der Europäischen Politik gerne als ihre eigenen darstellen. Fehlentwicklungen jedoch schieben sie auf „Brüssel“ und kritisieren die Politik, die sie eben noch mitgeschlossen haben. Doppelzüngigkeit darf nicht die Amtssprache der Europäischen Union werden!

Europa kann mehr!

Vieles ist zusammen gekommen an Kritik gegenüber der Politik der EU. Dies hat unter anderem auch zur Ablehnung des Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden sowie zum irischen Nein zum Lissabon-Vertrag beigetragen. Wir GRÜNE teilen nicht wenig von dieser Kritik. Aber noch mehr sind wir überzeugt, dass die EU für uns Deutsche und für Europa unverzichtbar sind!

Wer findet, dass in Deutschland auf Bundesebene vieles falsch läuft, wird deswegen nicht die Bundesrepublik ablehnen, sondern für andere Politik kämpfen. Ähnlich sehen wir GRÜNE das mit der EU. Wir wollen in vielen Bereichen eine andere Politik in der EU, eine GRÜNERE, das heißt ökologischere, sozialere, bürgerrechtlich oder friedenspolitisch konsequentere! Nichts davon ist durch einen Rückzug von der EU ins Nationale zu gewinnen. Keine der großen GRÜNEN Visionen ist für unser Land ohne die bessere Zusammenarbeit in der EU zu verwirklichen! Die Frage ist daher nicht ob EU, sondern wie!

Wir werben für einen Politikwechsel in Europa. Bisher stellen Konservative und Sozialdemokraten mehr als 500 der 785 Abgeordneten im Europäischen Parlament. Diese „große Koalition“ ist ihrer Verantwortung ebenso wenig gerecht geworden wie die Bundesregierung in Deutschland ihrer. Wir wollen die Mehrheiten im Europäischen Parlament, in der Kommission und auch im Europäischen Rat ablösen, die so viel dem Götzen des Neoliberalismus geopfert haben, anstatt für ein soziales Europa zu kämpfen, die so lange ökologische Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft blockiert haben, die Mauern errichtet haben, statt Menschen zusammenzubringen. Positiv gesagt: Wir brauchen neue Mehrheiten in Europa und den Institutionen der EU, um das Europa zu bauen, auf das seit dem Ende erst des Zweiten Weltkrieges und dann des Kalten Krieges so viele Menschen ihre Hoffnungen gesetzt haben. Wir teilen diese europäische Hoffnung und sagen deswegen „Ja“ zur EU und „Nein“ zu ihren Fehlern. Vor allem aber werben wir dafür, die Kritik in eine Kraft der Veränderung zu verwandeln, statt zu resignieren oder sich auf die rückwärtsgewandte Nationalpolitik der Anti-Europäer einzulassen.

Wir GRÜNE sind die Europapartei. Wir wissen: Europa kann mehr. Wir wollen die EU weiterentwickeln, ökologisch, sozial, demokratisch, friedlich. Ob wir für dieses Ziel bei der Europawahl gestärkt werden, das liegt auch an Ihnen, liebe Wählerin, lieber Wähler. Wir rufen Sie dazu auf! Und wir werben ebenso dafür, dass Sie sich mit uns engagieren in den vielen Bewegungen und Initiativen, aus denen im Alltag das andere Europa wächst, das möglich ist.

Nutzen Sie am 7. Juni 2009 Ihre Stimme, um ein ökologisches, soziales, demokratisches und friedliches Europa zu stärken, um Europa GRÜNER zu machen.

Für einen GRÜNEN New Deal in Europa

„Die Wahlen zum Europäischen Parlament finden statt in der schwersten finanziellen und wirtschaftlichen Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Unsere Antwort auf die Krise ist ein GRÜNER New Deal in Europa.“

Der GRÜNE New Deal verbindet soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung. Eines ist ohne das andere nicht zu haben, gemeinsam sind sie die Grundlage für wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit. Der GRÜNE New Deal setzt auf ökologische Innovation und auf die Bereitschaft unsere Lebensstile so zu gestalten, dass die Welt das aushält. Es ist die Verantwortung Europas, der Welt ein ökologisches Beispiel zu geben. Der GRÜNE New Deal setzt auf soziale Teilhabe aller.

Nachdem zuerst vor allem Banken betroffen waren, nehmen jetzt Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit rapide zu, in vielen europäischen Ländern haben Menschen Schwierigkeiten, ihre Schulden zu bedienen. Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in allen europäischen Ländern müssen einspringen, um die Finanzwelt zu stabilisieren und die Auswirkungen der Krise zu begrenzen. Die Folgen der Krise treffen deshalb jeden und jede. Grund ist eine falsche Finanzmarktpolitik, gerade auch in Europa: Deregulierung im blinden Glauben an sich selbst regulierende Märkte, eine schwache Finanzaufsicht, kurzfristige Gewinnmaximierung und Interessenkonflikte bei wichtigen Institutionen haben die Märkte in eine fast ausweglose Krise geführt. Deshalb braucht es einen Neuanfang, eine neue Finanzmarktarchitektur.

Dies allein wird jedoch die Wirtschaftskrise nicht beenden. Es wäre falsch zu glauben, dass mit dem Ende der Verwerfungen auf den Finanzmärkten auch automatisch die Wirtschaftskrise vorbei wäre. Es braucht einen neuen Impuls für wirtschaftliche Dynamik. Gleichzeitig wartet die Klimakrise nicht. Es wäre fatal, das drängendste Problem – die Finanz- und Wirtschaftskrise – zu Lasten des wichtigsten Problems – dem Klimawandel – zu lösen. Die neue wirtschaftliche Dynamik muss deshalb dadurch entstehen, dass wir konsequent in Klimaschutz investieren. Und es wäre falsch zu vergessen, dass auch diese Krise wieder die Ärmsten am schärfsten treffen wird, nämlich die Menschen in den Entwicklungsländern. Schon jetzt ist zu beobachten, dass wegen der Wirtschaftskrise die Gelder zur Bekämpfung der Ernährungskrise zurückgenommen werden. Wir Grünen streiten dagegen für ein solidarisches Europa.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen deshalb auf einen Neuanfang in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wir wollen herauskommen aus den immer wiederkehrenden Krisen eines falschen Wirtschaftsmodells. Die jetzige tiefe Krise ist dafür eine Chance, die wir nicht verstreichen lassen dürfen. Wir setzen als Teil einer weltweiten Bewegung deshalb auf einen Grünen New Deal, auf eine neue Art des Wirtschaftens mit

- konsequenter Finanzmarktregulierung,
- Investitionen in Klimaschutz, Bildung und Soziales für zukunftsfähige Arbeitsplätze sowie
- einer neuen Form des sozialen Ausgleichs bei uns sowie zwischen Nord und Süd.

Der UN-Generalsekretär wirbt für einen weltweiten Grünen New Deal. Die USA bewegen sich – endlich – in die richtige Richtung. Als starke Kraft in Europa wollen wir Grünen dafür sorgen, dass auch Europa diese Krise als Chance nutzt und umsteuert durch einen Grünen New Deal.

GRÜNE Prioritäten für Europa

Wir deutsche GRÜNE haben uns in der Europäischen Grünen Partei (EGP) mit 36 GRÜNEN Parteien aus 33 Ländern Europas zu einer starken ökologischen, sozialen und demokratischen Kraft zusammengeschlossen. Wir vertreten nicht eine lockere Ansammlung nationaler Interessen. Wir wollen gemeinsam Europa erneuern. Dabei arbeiten wir nicht nur innerhalb der EU zusammen, sondern gerade auch mit den GRÜNEN Parteien europäischer Länder außerhalb der EU und mit anderen Partnern in der wachsenden globalen GRÜNEN Bewegung.

Klima schützen, die Energiekrise überwinden

Wir wollen den Klimawandel bekämpfen. Konsequent, ohne faule Kompromisse. Der weltweite Temperaturanstieg muss auf höchstens 2°C begrenzt werden. Gleichzeitig zwingt uns die wachsende Konkurrenz um endliche Energievorräte der Erde zu einer zukunftsfähigen Energiepolitik.

- ☞ Bis zum Jahr 2050 muss Europa seine Treibhausgasemissionen um 80-95% reduzieren. Das ist zu leisten, wenn wir unseren Umgang mit Energie ab sofort umstellen auf Nachhaltigkeit. Das heißt; wir müssen weg von Öl und Kohle. Wir brauchen die drei E's: die konsequente Förderung und den Umstieg auf Erneuerbare Energien, mehr Energieeffizienz und mehr Energieeinsparung.
- ☞ Wir brauchen dazu eine Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz (ERENE). Das ist unsere Alternative zu EURATOM. Europa hat soviel Energie: Erdwärme, Windkraft, Biomasse, Solarenergie, Wasserkraft lassen sich in unterschiedlichem Maße überall nutzen. Wir wollen diese Energiequellen wo möglich dezentral nutzen und mit einem intelligenten und leistungsfähigen Netz, in das jeder einspeisen kann, verknüpfen.

- ☞ Wir brauchen einen wirkungsvollen Emissionshandel – CO2 muss endlich einen Preis haben.
- ☞ Bis spätestens 2050 kann Europa zu 100% auf Erneuerbare Energien umsteigen. Wir streben an, dieses Ziel bereits 2040 zu erreichen und werden auf allen Ebenen konsequent dafür streiten.
- ☞ Wir brauchen eine stärkere Vernetzung von Klimaschutz und Schutz der biologischen Vielfalt.
- ☞ Atomkraft ist kein Beitrag zum Klimaschutz sondern eine Hochrisikotechnologie. Die Möglichkeit katastrophaler Unfälle, der Atommüll, die atomare Aufrüstung und neue Bedrohungen durch Terrorismus begründen unsere Forderung, den Ausstieg aus der Atomkraft europaweit durchzusetzen.

Diese neue und konsequente Energiepolitik schafft neue Sicherheit. Sie macht uns unabhängiger von steigenden Energie- und Rohstoffpreisen, freier von machtpolitischen Spielchen der Förderländer, weniger betroffen von den Entwicklungen in Krisenregionen und schützt am besten gegen atomare Risiken und nuklearen Terror. Mit einer Energiepolitik, die auf Einsparung, Effizienz und Erneuerbare Energien setzt sichern und schaffen wir nachhaltig Arbeitsplätze und stärken regionale Wirtschaftskreisläufe.

Die Gebäudesanierung, der Ausbau von Solaranlagen und der Aufbau der neuen energetischen Infrastruktur fördern das regionale Handwerk, die lokale Beschäftigung und den innovativen Mittelstand. Allein in Deutschland haben wir GRÜNE mit dem Erneuerbare Energien Gesetz 250 000 neue Arbeitsplätze möglich gemacht. Diese Zahl wird sich bei uns bis 2020 verdoppeln. Europaweit sind die Chancen noch viel größer. Bereits die Durchsetzung des 20% Ziels für Erneuerbare Energien kann in Europa 2 Millionen neue Jobs schaffen. Mit einer intelligenten Klima- und Energiepolitik schützen wir das Klima, schaffen mehr Energieversorgungssicherheit und wir sichern Europäischen Unternehmen beste Chancen auf dem Märkten der Zukunft.

Gerechtigkeit schaffen, der sozialen Spaltung entgegen wirken

Wir wollen ein soziales, solidarisches und bürgernahes Europa mit erbauen. Der wirtschaftliche Wettbewerb braucht einen Rahmen und dazu gehören europäische und weltweite Arbeitsrecht- und Sozialstandards. Nur ein soziales Europa ist ein gerechtes Europa. Gerechtigkeit setzt aber auch Nachhaltigkeit voraus.

- ☞ Wir fordern in jedem Land Mindestlohnregelungen und treten dafür ein, dass Ihre Arbeitnehmerrechte europäisch abgesichert, anstatt durch die Hintertür abgeschliffen werden.
- ☞ Wir wollen einen europäischen Sozialpakt durchsetzen, der die soziale Sicherheit erhöht und die Rechte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Bürgerinnen und Bürger stärkt.
- ☞ Wir setzen uns dafür ein, dass das europaweit garantierte Recht auf gleichen Lohn für Frauen und Männer endlich Realität wird und fordern entsprechende Initiativen der einzelnen Länder zur gesetzlichen Sanktionierung von Lohndiskriminierung. Wir fordern Quotenregelungen dort, wo sich verbissen die Männerriege am Steuer hält. Außerdem machen wir uns konsequent für eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit stark, denn Gleichstellung ist für uns keine Frage oder Floskel sondern gehört zum Selbstverständnis GRÜNER Politik.
- ☞ Wir betrachten die demografische Entwicklung mit ihren Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme, den Arbeitsmarkt und das Zusammenleben der Generationen als Herausforderung und Chance, die wir aktiv gestalten wollen.
- ☞ Ein soziales Europa braucht mehr Gemeinsamkeit in der Steuerpolitik. Nur so verhindern wir, dass die Mitgliedstaaten in einen Steuerwettbewerb und eine Standortkonkurrenz getrieben wer-

den. Denn dies führt nur dazu, dass die nationalen sozialen Sicherungssysteme Stück für Stück abgebaut werden.

- ☞ Wir wollen Finanzmärkte stärker regulieren und eine Steuer einführen, die dazu beiträgt, rein spekulative Geldbewegungen einzuschränken. Wir wollen eine europäische Finanzmarktaufsicht schaffen und klare Haftungsregeln für Manager.
- ☞ Nicht mehr die nationalen Standortinteressen einzelner Mitgliedstaaten, sondern das gemeinsame Europa muss der Rahmen für eine zukünftige Wirtschaftspolitik werden.
- ☞ Im Übergang zur Wissensgesellschaft wird die aktive Förderung von Bildung, Forschung, Wissen und Kultur zum entscheidenden Baustein unserer Zukunftspolitik. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der EU wird wesentlich vom europäischen Weg in die Wissensgesellschaft abhängen.

Neuer Schwung für den Reformprozess

Noch ist nicht entschieden, ob der Lissabon-Vertrag in einem zweiten Anlauf nicht doch noch von allen Mitgliedstaaten ratifiziert wird. Wir hoffen das, aller Kritik zum Trotz. Wir Grüne halten viele Errungenschaften aus dem Lissabon-Vertrag für wichtig, um die EU demokratischer und handlungsfähiger zu machen und damit fit für die Herausforderungen der Zukunft: den Klimawandel oder die soziale und ökologische Gestaltung der Globalisierung. Auch die Bürgerinnen und Bürger würden ganz unmittelbar davon profitieren: Von einer verbindlichen Grundrechtecharta, mit individuell einklagbaren Rechten, vom Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention oder von der Aufwertung der Daseinsvorsorge gegenüber dem Vergaberecht. Und die Reformen würden endlich das Europäische Parlament als Vertretung des Europäischen Volkes und Gegengewicht zur EU-Kommission, dem Ministerrat und den nationalen Regierungen stärken.

Sollte der Lissabon-Vertrag scheitern, setzen wir uns für eine europaweite Volksabstimmung über die Grundrechtecharta ein. Sowohl die Kritikerinnen und Kritiker der EU wie auch die Regierungen und jene, die Europa vollmundig im Munde führen, müssen dann Farbe bekennen: Sind sie wie wir GRÜNE bereit, den Menschen mehr Rechte und mehr Mitbestimmung einzuräumen? Oder geht es ihnen in Wahrheit um etwas anderes? Eine solche Nagelprobe würde auch dazu beitragen, ein europäisches Gefühl der Zusammengehörigkeit und die gemeinsame Identität zu stärken.

Wir halten fest an unserem Ziel einer echten europäischen Verfassung. Wir haben immer kritisiert, dass der überladene Verfassungsvertrag nicht dem Ziel einer Europäischen Verfassung gedient hat. Unser Ziel ist ein schlanker Grundlagentext, der sich auf Werte und Ziele der Union, Grundrechte, Symbole und Regeln zu den Institutionen beschränkt, der die Bürgerrechte samt den sozialen Rechten garantiert und ökologische Nachhaltigkeit durchsetzt. Eine solche Verfassung sollte in einem demokratischen, transparenten und europäischen Prozess entstehen und durch europaweite Referenden legitimiert werden. Wir wissen, dass dieses Ziel Zeit braucht. Dazu ist, bei allen Schwächen, der Vertrag von Lissabon ein erster Schritt.

Bürgerrechte stärken, die demokratische Teilhabe erweitern, Einwanderung gestalten

Mit Ihrer Hilfe wollen wir Europa ein starkes demokratisches Fundament der Menschen- und Bürgerrechte geben. Es geht uns um ein Europa mit gerechten Bildungschancen für alle und einem großen Reichtum an Kultur. Wir GRÜNE wollen ein Europa, das Freiheit garantiert und die Menschen schützt – nicht nur gegen Terror und Kriminalität, sondern auch gegen die Neugierde

von Unternehmen und die wachsende Datensammelwut von staatlichen Behörden und den Überwachungsstaat.

- ☞ Dem wachsenden Rechtsextremismus in Europa wollen wir entschieden entgegenzutreten. Antisemitismus, Rechtsextremismus, Rassismus, Homo- und Islamophobie sind eine Gefahr für die europäische Idee
- ☞ Die Unionsbürgerschaft wollen wir mit Leben füllen und dazu den Menschen, wenn sie in einem anderen EU Staat länger als fünf Jahre leben, das Recht geben, die dortige Regierung mit zu wählen.
- ☞ Tausende Menschen kommen jedes Jahr bei dem Versuch ums Leben, in einfachen Booten von Afrika aus die europäischen Küsten zu erreichen. Die EU darf sich nicht weiter abschnitten sondern muss Asyl gewähren und Einwanderung gestalten. Bislang gibt es kaum legale Wege zur Einwanderung in die EU. Wir fordern: legale und dauerhaft angelegte Wege für die Einwanderung in die EU. Wir wollen ein stimmiges Gesamtkonzept der EU, mit dem Fluchtursachen entgegengewirkt und gleichzeitig das Abwandern von qualifizierten Kräften aus Entwicklungsländern verhindert werden kann. Durch die kulturelle und weltanschauliche Pluralität sowie die Vielfalt regionaler Traditionen und Identitäten in Europa kann die EU einen besonderen Beitrag zum Dialog der Kulturen, Weltanschauungen und Religionen leisten.
- ☞ Das Recht auf Privatsphäre wollen wir schützen und dazu den europäischen Datenschutzbeauftragten stärken und ein europäisches Datenschutzsiegel einführen. Statt immer neue Datenberge zu produzieren, wollen wir Sie als Bürgerinnen und Bürger europaweit vor dem Sammel- und Kontrollwahn der einzelnen Staaten und der Wirtschaft schützen. Ein erster wichtiger Schritt ist der sofortige Stopp der Vorratsdatenspeicherung in ganz Europa.
- ☞ Mündige Verbraucherinnen und Verbraucher müssen sich am Markt orientieren können. Dazu gehört zum Beispiel auch ein Sicherheitssiegel für Spielzeug oder eine klare Kennzeichnung der Lebensmittel. Denn das Recht auf ein gesundes Leben darf nicht heimlich durch Genfood unterlaufen werden.
- ☞ Lebens- und Lernerfahrungen im europäischen Ausland dürfen keine Frage des Alters, des Bildungsgrades oder des Geldbeutels sein. Wir wollen allen und nicht nur Studierenden die Möglichkeit geben, einige Monate im europäischen Ausland zu lernen oder im Rahmen von Freiwilligenprojekten gemeinnützig zu arbeiten.
- ☞ Durch die Einführung eines europäischen Bürgerbegehrens, europäischer Bürgerentscheide und EU-weiter Referenden wollen wir die Möglichkeiten der Menschen erweitern, ihre Interessen besser durchzusetzen und neben der parlamentarischen die direkte Demokratie stärken.
- ☞ Europa muss als Raum der Freiheit und Rechtsstaatlichkeit weiter ausgebaut werden. Dazu gehört die Harmonisierung von Verfahrensgarantien auf EU-Ebene sowie die Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes bei allen hoheitlichen Maßnahmen. Ziel muss es sein, die Rechtsstandards in allen Ländern zu verbessern und keine Anpassung nach unten vorzunehmen.
- ☞ Mit einem EU-Kommissar oder einer EU-Kommissarin für Justiz und Menschenrechte wollen wir diese in allen Politikbereichen stärken. Denn nicht nur im Außenverhältnis ist hier noch viel zu tun, auch nach innen gibt es gerade angesichts bestehender Diskriminierung von Minderheiten und beim Umgang mit Flüchtlingen sowie bei der Durchsetzung von Bürgerrechten Handlungsbedarf. Zudem braucht es eine Perspektive für Illegalisierte, die hier mit uns leben.

Frieden schaffen, die globale Spaltung der Welt überwinden

Wir wollen die EU als Zivilmacht stärken und ihr eine aktive Rolle geben für eine gerechtere Gestaltung der Globalisierung. Dass aus einstigen Feinden nicht nur Nachbarn in Frieden sondern Freund und sogar gemeinsame Unionsbürger wurden, ist eine historische Leistung. Die EU war ein Friedensprojekt und ist es bis heute. Für uns GRÜNE ist das eine Verpflichtung.

- ☞ Die EU muss zur Anwältin für weltweiten Frieden und Menschenrechte, für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung werden. Denn auch nach dem Ende des Kalten Krieges haben diese Ziele nichts von Ihrer Aktualität verloren. Wir setzen uns ein für das Ziel eines kernwaffenfreien Europas.
- ☞ Deswegen wollen wir eine Friedensagentur aufbauen, die den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen unterstützt und die Schaffung von Sicherheit, einer funktionierenden Justiz und Infrastruktur garantiert.
- ☞ Die Möglichkeit zur Erweiterung der EU ist Kern ihrer friedensstiftenden Wirkung. Die GRÜNEN stehen dazu, dass alle europäischen Staaten – ausdrücklich auch die osteuropäischen – wie im EU-Vertrag vorgesehen eine Beitrittsperspektive erhalten. GRÜNE streiten deshalb auch für eine glaubwürdige Beitrittsperspektive der Türkei und für eine neue Nachbarschaftspolitik.
- ☞ Die EU muss die treibende Kraft bei der Umsetzung der Entwicklungsziele der Vereinten Nationen und zum Wegbereiter eines kooperativen Multilateralismus werden, der aktiv zu einer Stärkung der Menschenrechte beiträgt.
- ☞ Die EU muss der Krisenprävention und zivilen Konfliktbewältigung Vorrang in der gemeinschaftlichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik geben.

Für Transparenz und europäische Öffentlichkeit

In etlichen Bereichen ist Europa noch nicht in der Lage, die großen Herausforderungen zu meistern, vor denen wir alle stehen. Die europäische Politik von Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen, die im Europäischen Parlament, im Rat und in der Kommission die Mehrheit stellen, führt im Gegenteil dazu, dass in der EU viel zu häufig die falschen Weichen gestellt werden. Aber auch das Versteckspiel bei den Verantwortlichkeiten muss aufhören! Viele finden es leider allzu bequem, Brüssel den schwarzen Peter zuzuschieben, obwohl das Problem oft genug bei nationalen Egoismen liegt. Regierungen und Interessengruppen, die kein Interesse an politischem Fortschritt haben, und denen eine EU als erweiterte Freihandelszone eigentlich am liebsten wäre, haben aufgrund des in vielen Bereichen geltenden Einstimmigkeitsprinzips noch immer zu viele Vetomöglichkeiten.

Im Bereich des Binnenmarktes wiederum werden die meisten Entscheidungen mit Mehrheit getroffen. So manche Regierung nimmt deshalb den Umweg über "Brüssel", um eine Politik durchzusetzen, für die sie im heimischen Parlament keine Mehrheit bekommen hätte. Frech, wenn sie dann – wieder daheim – die EU für die Politik kritisiert, die sie eben noch im Ministerrat mitbeschlossen hat. Auf solche Art wird "Europa" oder "Brüssel" zum Sündenbock gemacht und ein Keil zwischen die Europäische Union und ihre Bürgerinnen und Bürger getrieben.

Wir GRÜNE wollen nicht zulassen, dass Frau Merkel sich vollmundig als Klimakanzlerin feiern lässt, obwohl sie im Rat der Regierungschefs die Richtlinie über den Emissionshandel im Flugverkehr blockierte. Gemeinsam mit dem französischen Staatspräsidenten Sarkozy hat die Bundesregierung die geplanten Regeln zur Reduzierung des Spritverbrauchs von Neuwagen verwässert - zum Schaden von Umwelt, Autofahrerinnen und Autofahrern. Notwendige Schritte zur CO₂-Reduzierung im Straßenverkehr wurden kurzerhand auf das Jahr 2015 vertagt. Die SPD führt

das soziale Europa zwar groß im Munde, ihr deutscher Arbeitsminister Scholz hat aber selbst dazu beigetragen, dass die durchschnittliche Höchstarbeitszeit auf 65 und mehr Wochenstunden ausgeweitet werden soll.

Auch die LINKE trägt mit ihrem anti-europäischen Populismus dazu bei, die Überwindung der beklagten Defizite zu behindern.

Jede Macht braucht Kontrolle, auch europäische. Deshalb braucht die EU wesentlich mehr Transparenz und eine europäische Öffentlichkeit! Dafür streiten wir.

Politische Entscheidungen müssen dort getroffen werden, wo es Sinn macht d.h. möglichst nahe an den betroffenen Menschen. Das ist der Inhalt des Subsidiaritätsprinzips. Dazu gehört eine gestaltungs- und leistungsstarke kommunale Selbstverwaltung.

Viel GRÜN ins Parlament

Die Rolle des Parlamentes hat sich verändert. Viel stärker als früher ist es inzwischen an der Gesetzgebung beteiligt und in der Lage, mit einem eigenständigen politischen Profil ein Gegengewicht zu bilden zur Europäischen Kommission und zum Ministerrat, also den nationalen Regierungen. Dafür bedarf es aber eines selbstbewussten und kritischen Europäischen Parlaments – also eines Parlaments mit starken GRÜNEN!

Wir stellen in diesem Programm dar, welche Wege wir in Europa einschlagen wollen, um die EU besser zu machen. Sie können mit Ihrer Wahl dazu beitragen, Europa GRÜN zu erneuern. Starke GRÜNE im Europaparlament – das macht einen wichtigen Unterschied. Helfen Sie mit, den GRÜNEN New Deal für Europa zu verwirklichen!

Dafür brauchen wir Ihr Engagement und am 7. Juni 2009 Ihre Stimme.